

6mat wöch. Bezugspreis: für Februar 2.— M. einsch. Postgebühren. Einzelhefte 20 S. Die Petittreklamezeile, 80 Millimeter breit, 1 M. Offertengebühren für Selbstholer 20 S. bei Ueberlieferung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 S. Sonntags-Nr. 15 S. Geschäftslicher Teil: Josef Fohmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Aufträgen auftragtrag u. Leistung v. Schadenersatz. Für unentz. u. d. Fernruf überm. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unentz. eingek. u. m. Rückporto nicht verlegene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde d. Redaktion 5 bis 8 Uhr nachmittags. Hauptdruckst.: Dr. Joseph Albers, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlags-Red. und Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden-K. 16, Goldschmidtstr. 41. Fernruf 28722. Pollichdruck Dresden 1477. Postamt: Volkens & Prinske, Dresden.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-K. 16, Goldschmidtstr. 41. Fernruf 28722. und 33031.

Das Gleichgewicht in Europa

Die beiden Thesen über die zukünftige Gestaltung des Völkerbundes

Paris, 12. Februar.

Zur Frage der Vermehrung der ständigen Sitze im Völkerbundsrat schreibt „Journal“: Man kann natürlich nicht daran denken, alle die Kandidaturen anzunehmen, die für ständige Sitze vorgebracht werden, so gerechtfertigt sie auch sein mögen. Die neue Tatsache ist die Zuteilung eines ständigen Sitzes an Deutschland, das seinen Gehl aus seiner Absicht macht, gewisse Punkte des Friedensvertrages nämlich, was die Ofgrenzen anlangt, in Frage zu stellen. Die Logik gebietet das Gleichgewicht dadurch herzustellen, daß man in den Völkerbundsrat die für die Aufrechterhaltung der Ofgrenzen am härtesten interessierten Mächte als ständiges Mitglied einführt.

London, 12. Februar. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ hervorhebt, sei die Kandidatur Brasiliens für den Völkerbundsrat kaum ernst zu nehmen, denn die Zuweisung eines ständigen Sitzes an Brasilien werde Schwierigkeiten zwischen Argentinien, Brasilien und Chile hervorrufen. Das liegt nicht im Interesse der Sache. Die drei Staaten könnten sich zweckmäßig untereinander über ein Wechselssystem der Repräsentation einigen. Außerdem sei es mindestens paradox, wenn sie ihre Stimme über europäische Kriegs- und Friedensfragen abgeben wollten.

Der Widerstand gegen die spanische Kandidatur wäre in England viel geringer gewesen, wenn man den spanischen Wunsch nicht auf höchst unkluge und unpraktische Art aufzubringen versucht hätte. Für diese Methode sei Madrid nicht verantwortlich zu machen. Man müsse allerdings anerkennen, daß Spanien die erste Macht der Neu-

tralen gewesen sei, die sich aktiv am Völkerbund beteiligt habe. Deshalb dürfe man wohl mit der Aufnahme Spaniens in absehbarer Zeit rechnen.

Die polnische Kandidatur stehe dagegen auf durchaus anderer Grundlage. Einige zu ihrer Unterstützung angeführte Beweisgründe ständen im Widerspruch mit dem Geist des Völkerbundsstatuts. Der Gedanke, daß Polen deshalb einen permanenten Sitz erhalten müsse, weil Deutschland auch einen bekäme und weil polnisch-deutsche Streitfälle sehr häufig wären, treffe nicht den Kern der Sache. Polen werde immer am Rat vertreten sein, wenn Streitigkeiten behandelt würden. Außerdem könne Polen solche Streitfälle stets vor die Vollversammlung bringen. Das Argument, daß Polens ständige Vertretung im Rat notwendig sei, um das Gleichgewicht der Mächte zu sichern und um Deutschland zu verhindern, das englisch-französische Gleichgewicht zugunsten Englands zu verschieben, übersehe die Tatsache, daß der Zweck des Völkerbundes gerade in der Befestigung dieses alten Gleichgewichts der Mächte bestehe, das früher zwischen rivalisierenden Gruppen und Koalitionen vorhanden gewesen sei.

Außerdem könne Belgien einwenden, daß, wenn einige kleinere alliierte Mächte einen ständigen Sitz erhalten sollten, Belgiens moralische Ansprüche viel besser wären, als die Polens. Die polnische Forderung auf Vorkzugsbehandlung habe in Belgien und einer ganzen Reihe anderer Mitgliedsstaaten verstimmt. Man weist darauf hin, daß, wenn Verdienste um den Völkerbund für die Zuweisung von Sitzen im Völkerbundsrat in Betracht kämen, die Qualifikation Polens, das bei mehr als einer Gelegenheit den Völkerbund verhöhet habe, nicht als so gut bezeichnet werden könnte, als die verschiedener anderer Staaten.

Der Abbau der Steuern

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Die Politik, die der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold zu verfolgen angekündigt hat, bedeutet einen Bruch mit den bisherigen, die Reichsfinanzpolitik beherrschenden Methoden. Während der Finanzminister der ersten Luther-Regierung seine Hauptaufgabe darin sah, große flüssige Reserven zu schaffen, was naturgemäß nur unter dem stärksten stenclichen Druck möglich war, geht der neue Reichsfinanzminister von dem ganz entgegengesetzten Standpunkt aus. Er sagt, daß gerade diese Reservepolitik mit ihren steuerlichen Belastungen mit die Hauptursache der Wirtschaftskrise ist, und daß diese Methode zur Verschärfung dieser Krise empfindlich beigetragen hat. Der frühere Finanzminister v. Schlieffen hat dieser Auffassung, die ihm wiederholt entgegengehalten wurde, ständig widersprochen. Der jetzige Finanzminister Dr. Reinhold wird nun durch eine steuerliche Entlastung der Wirtschaft die Produktion von Hemmungen befreien, die sich nicht nur für den Ertrag der Wirtschaft selber, sondern auch für den Ertrag der Reichsfinanzen auf die Dauer störend geltend machen müßten.

Der Abbau der Steuern, den Reinhold betreiben will, umfaßt eine Summe von 550 Millionen Goldmark, um die also die Reichseinnahmen geschnitten werden. Diese gewaltige Summe gibt einen Begriff davon, welche Belastungen bisher auf der Wirtschaft lagen. Durch uns gesund ist der Vorschlag des Abbaues der rohesten aller Steuern, der Umsatzsteuer, die mit der Zeit völlig verschwinden muß. Diese Steuer ist in der Tat die Hauptschuld an der Steigerung der Preise, denn sie wird ja für ein Produkt nicht einmal, sondern viele Male erhoben und bedingt damit ungerechtfertigte Aufwendungen. Der Reichsfinanzminister hat versprochen, daß mit allem Nachdruck Sorge dafür getragen wird, daß die Herabsetzung dieser Steuer, sich auch der Allgemeinheit gegenüber, in einer allg. gemeinen Preisenkung auswirke. Selbstverständlich bleibt es hier nicht nur bei den Worten, sondern es folgen die Taten. Bisher sind wir durch die Erfahrungen nicht gerade ermutigt worden, daß in dieser Beziehung Durchgreifendes erreicht werden kann.

In einem Zusammenwirken der systematischen Abbaumaßnahmen wird sicherlich manches erreicht werden können. So kann man vor allem auch die Abschaffung jener Steuer begrüßen, mit der bisher die deutsche Qualitätsarbeit belastet wurde. Diese Steuer stellte nicht nur für die innere Produktion eine schwere Hemmung dar, sondern sie hinderte auch die Ausfuhr deutscher Qualitätsarbeiten nach dem Auslande und erwies sich nachgerade als die größte Störung unseres Warenabsatzes auf den ausländischen Märkten. Gerade aber die deutsche Ausfuhr muß wieder gehoben werden, wenn wir unsere Finanz- und Wirtschaftspolitik auf eine gesunde Grundlage stellen wollen, und man darf ja auch auf die nach derselben Richtung zielenden weiteren Maßnahmen der Reichsregierung verweisen, die in der Einführung von Exportprämien und der Schaffung einer Export-Kreditversicherung bestehen.

Eine weitere sehr wesentliche Erleichterung wird der Wirtschaft durch die außerordentliche Ermäßigung der sogenannten Fusionssteuer zuteil. Die neuzeitliche wirtschaftliche Entwicklung, die Gestaltung insbesondere des Produktionsprozesses drängt zu Zusammenschlüssen gleichartiger Industriezweige. Bisher war diese Möglichkeit auf das Stärkste behindert durch die Fusionssteuer, die den Hauptertrag von vornherein wegnahm. Diese Steuer war auch mit die Hauptveranlassung dafür, daß der westdeutsche Montantrust bisher noch nicht effektiv werden konnte. Der Abbau wird auch nach dieser Richtung hin neue Wege öffnen. Auch mit den Körperschaftsteuern, die durchschnittlich heute noch zehnmal höher als im Frieden stehen, will der neue Finanzminister abbauen, aber erst dann, wenn er die Sicherheit hat, daß die Banken ihrerseits die Herabsetzung der hohen Provisionsätze entsprechend der Senkung der Körperschaftsteuer vollziehen. Der Redner des Zentrums wandte sich mit Recht gegen eine Herabsetzung der Körperschaftsteuer schlechthin und verlangte dafür aber eine Senkung der Zuckersteuer.

Mit alledem muß aber vor allem eine durchgreifende Reform der Verwaltung im Sinne der Erzielung von Ersparnissen Platz greifen. Und in diesem Punkte hat Reinhold leider kein klares Programm. Er fürchtet offenbar unpopulär zu werden, und anstatt durchgreifende Sparmaßnahmen anzukündigen, redet er lieber von Herabsetzung von Steuern. Das klingt besser. Gerade in bezug auf Sparsamkeit hat der Zentrumsabgeordnete Erfing in der Debatte ernste Ausführungen gemacht. Wenn beispielsweise das Auswärtige Amt vor dem Kriege 20 Millionen kostete und heute 53 Millionen, so ist das natürlich unerträglich. Im Finanzministerium selbst liegen die Dinge nicht besser.

Zentrum und Reichsfinanzen

Der Beginn der Finanzdebatte — Eine bemerkenswerte Rede des Abg. Erfing (Ztr.)

Berlin, 12. Februar.

Im Reichstag begann gestern die allgemeine Aussprache über den Haushaltsplan 1926. Die Redner der einzelnen Parteien nahmen dabei zu den Ausführungen des Reichsfinanzministers Reinhold Stellung. Dabei kam im allgemeinen keine scharfe Ablehnung zum Ausdruck, selbst die Oppositionsredner der Abg. Hergt (Dnat.) und Hilsenring (Soz.) waren auf den Ton einer höflichen Zurückhaltung abgestimmt. Für das Zentrum sprach der

Abgeordnete Erfing,

der sich in folgenden Gedankengängen bewegte:

Der Herr Reichsfinanzminister hat an dem von seinem Amtsvorgänger aufgestellten Etat auf der Einnahmeseite wesentliche Änderungen vorgeschlagen. Vermißt haben meine Freunde, daß er nicht gleichzeitig auch auf der Ausgabe-seite ebenso große Abstrichungen gemacht hat. Ich möchte daher namens meiner Freunde scharf in den Vordergrund stellen: Sollte der Herr Reichsfinanzminister eines Tages vom parlamentarischen Schicksal erlischt werden, von dem er bereits selbst gesprochen hat, dann hoffen wir, daß er die Reichsfinanzen ebenso gesichert hinterläßt, wie er sie vorgefunden hat.

Die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 0,8 Prozent zum 1. April 1927 entspricht der Erklärung, die die Regierungsparteien gelegentlich der Besprechung des Regierungsprogramms abgegeben haben. Die Ankündigung des Herrn Finanzministers auf die Befreiung der erhöhten Umsatzsteuer begrüßen wir. Im Prinzip können wir uns mit einer vorübergehenden Herabsetzung der Fusionssteuer für industrielle Unternehmungen, die sich zum Zwecke der Hebung der Produktivität des Landes zusammenschließen, einverstanden erklären. Jedoch haben wir die stärksten Bedenken gegen die Ausdehnung des Schachtel-Privilegs bei der Körperschafts- und Vermögensteuer. Wenn der Herr Minister angekündigt hat, daß er auch einer Befreiung der Grunderwerbsteuer und der Zuwachssteuer für die industriellen Gemeinschaftsunternehmungen sympathisch gegenübersteht, so halten wir es jetzt schon für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, da Arbeiter und Gemeinden, die durch die neuen industriellen Zusammenschlüsse geschädigt werden, ebenfalls auf eine Milderung der dadurch entstandenen Not durch das Reich bestehen müssen. Die übrigen Vorschläge des Herrn Ministers betreffs Vermögensteuer beziehungsweise Verschlebung der Zahlungstermine bei der Vermögenssteuer bedürfen eingehender Prüfung. Dagegen sind meine Freunde der Ansicht, daß weder aus wirtschaftlichen, noch aus

finanziellen Rücksichten eine Herabsetzung der Körperschaftsteuer in Frage kommen kann. Wir halten es für richtig, wenn dafür die Zuckersteuer heruntergesetzt würde.

Nach verschiedentlichen Mitteilungen von Regierungsvertretern, hat das Reich zurzeit einen Betriebsmittelfonds von etwa 300 Millionen Mark. Diese Summe erscheint im Etat nicht. Wir halten es für notwendig, daß der Betriebsmittelfonds im Reichsetat verankert wird.

In der Rede des Herrn Finanzministers habe ich Mitteilungen über die gestundeten Steuern vermisst. Diese sollen sich jetzt annähernd auf 350 Millionen Mark belaufen. Dem Vorschlag des Herrn Ministers, den Ländern und Gemeinden das Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zu geben, stimmen meine Freunde restlos zu. Dem von ihm angekündigten Gesetzentwurf über die bessere Ausgestaltung des Branntweinmonopols sehen wir mit Interesse entgegen.

Ich wende mich nunmehr der Ausgabe-seite des Etats zu. Die endgültige Ausbilanzierung des Etats hängt von zwei Voraussetzungen ab, 1. von einer wesentlichen Besserung unserer Wirtschaftslage und 2. davon, daß die Staatsberatungen im Bewußtsein der Verantwortlichkeit des Parlaments erfolgen. Ich will hoffen, daß sich das Verantwortungsbewußtsein stärker erweisen wird, wie das süße Gift der Populärkühnscherei. Der Wiederherstellung des Sparkommissars werden meine Freunde zustimmen. Ich möchte anregen, und den Wunsch aussprechen, daß dem deutschen Sparkommissar und dem von meiner Fraktion geordneten Vereinfachungsausschuß dieselben diktatorischen Vollmachten gegeben werden, die der amerikanische Präsident dem amerikanischen Kommissar gegeben hat, dem es gelang, den amerikanischen Etat von 5,11 Milliarden im Jahre 1921 auf 3,2 Milliarden Dollar im Jahre 1924 herunterzudrücken.

Meine Fraktion hat sich in eingehender Weise mit den wirtschaftspolitischen Problemen befaßt und drei wichtige Anträge hierzu gestellt. Die Anträge zielen hin auf eine Lösung der Agrarkrise, der Wiedereingangsung des Baumarktes und der Finanzierung von Exportaufträgen. Die Zentrumspartei betrachtet als Kernstück ihres Wirtschaftsprogramms den Grundsatz, von Milderungsmaßnahmen bei eingetretener Not zu Vorbeugungsmaßnahmen für kommende Not überzugehen.

(Fortsetzung Seite 21)